

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neue Nachrichten) — (Niederwallacher Zeitung)

Anzeigen
kosten die einseitige Kolonelle
oder deren Raum 25 Pfg.
Reklamen 60 Pfg.

Bezugspreis
monatlich 90 Pfg., mit Bringer-
lohn 95 Pfg. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 2.55 Mk.
auschl. Bestellgeld.

Erscheinung: Dienstag,
Donnerstag, Samstag
Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.
Verantwortlicher Schriftleiter
Wilhelm Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 584.

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Fernruf Nr. 584

Nr. 142.

Donnerstag, den 4. Dezember 1919.

27. Jahrgang

Armée Française du Rhin District de Wiesbaden Cercle de
Wiesbaden Campagne. No. 1976/2.

Bekanntmachung.

1. Die französischen und alliierten Militärpersonen sind nicht
verpflichtet, Anzeige über Räte von Immobilien zu erstatten, auch
sind sie frei aller Requisitionen seitens der deutschen Behörden. Im
Standpunkt der Wohnungsfragen unterstehen sie nur der Militär-
Orts-Wohnungskommission.
2. Die Beschlüsse der Wohnungskommission betr. die Wohnerschaft
sowie die französischen und alliierten Zivilisten sind nur nach
Genehmigung durch den Ortskommandant durchführbar.
Wiesbaden, den 28. November 1919.

Le Commandant de Juvigny
Administrateur militaire du Cercle de Wiesbaden-Campagne
signé: de Juvigny.

Armée Française du Rhin District de Wiesbaden Cercle de
Wiesbaden Campagne. No. 1547/2.

Bekanntmachung.

1) Vom 1. Dezember d. J. ab wird der Administrateur nur
an französische und belgische Zivilisten Lebensmittelkarten ausstellen.
2) Vom selben Tage ab werden die deutschen Behörden an die
im Lande anwesenden oder zureisenden fremden Staatsangehörige
Lebensmittelkarten verteilen. Diese Karten betreffen die normale
Ration des Landes.
3) Die infolge ihres Berufes privilegierten deutschen Zivilisten
werden einer besonderen Verpflegung weiterhin begünstigt werden.
Wiesbaden, den 28. November 1919.

Le Commandant de Juvigny
Administrateur militaire du Cercle de Wiesbaden-Campagne
signé: de Juvigny.

Armée Française du Rhin District de Wiesbaden Cercle de
Wiesbaden Campagne. No. 1627/2.

Bekanntmachung.

Der Marschall, Oberbefehlshaber der Alliierten Armeen gibt
bekannt, daß die alliierten Regierungen die deutsche Verfassung als
gültig anerkannt haben. Diese ist also im besetzten Gebiet als
anwendbar zu betrachten.
Infolgedessen ist gegen die Eidesleistung der deutschen Funktionäre
auf diese Verfassung nichts einzuwenden.
Die Bekanntmachung Nr. 7299/A vom 25. August d. J. wird
durch obige Verfügung außer Kraft gesetzt.
Wiesbaden, den 29. November 1919.

Le Commandant de Juvigny
Administrateur militaire du Cercle de Wiesbaden-Campagne.
signé: de Juvigny.

Armée Française du Rhin District de Wiesbaden Cercle de
Wiesbaden Campagne No. 1575/2.

Bekanntmachung.

Auf Befehl des Oberbefehlshabers der Armée Française du
Rhin, ist die Einfuhr der
„Preussischen Schuhmannszeitung“
im Bereiche der Armee bis 17. Dezember d. J. verboten.
Wiesbaden, den 25. November 1919.

Le Commandant de Juvigny
Administrateur militaire du Cercle de Wiesbaden-Campagne.
signé: de Juvigny.

Die Uebergabe der Ostgebiete an Polen.

mz. Berlin, 3. Dez. Vor einigen Tagen ist das
deutsch-polnische Abkommen über die militärische Räu-
mung der abzutretenden Gebiete und die Uebernahme
der Zivilverwaltung abgeschlossen worden. Die militärische
Räumung durch uns und die Besetzung des abgetretenen
Gebietes durch Polen beginnt für das ganze abzutretende
Gebiet am kommenden Tag um 6 Uhr früh nach Vertikung
des ersten Protokolls der Uebertragung der Räumungs-
aufsicht des Friedensvertrages in Paris. Die Räu-
mung und Besetzung erfolgt zonenweise und ist in West-
und Ostpreußen in neunzehn Tagen und in Posen und
Schlesien in drei Tagen durchzuführen.

Reichstagswahlen im April.

Berlin, 3. Dez. Wie von zupandiger Stelle
mitgeteilt wird, werden die Reichstagswahlen im nächsten
April stattfinden.

Unruhen in Italien.

mz. Die Vorfälle bei der Eröffnung der Kammer, bei
der die Sozialisten beim Eintreten des Königs unter Hoch-
rufen auf den Sozialismus den Saal verließen, haben in
den größeren Städten Italiens zu Zusammenstößen zwischen
Sozialisten und Monarchisten geführt. Zu größeren Un-

ruhen kam es in Rom und in Mailand, wo es zu Feuer-
gefechten zwischen den Gendarmen und der Menge kam.
Tote und Verwundete blieben auf dem Platz. Die Blätter
melden, daß in den Straßen vielfach Jagd auf Offiziere
gemacht wurde. Die Offiziere wurden entwaffnet und be-
schimpft. Am Montag Abend ist in Rom, Mailand und
Florenz der Generalaufstand ausgebrochen. In der Nacht
zum Dienstag wurde er von den Arbeiterorganisationen
für das ganze Land proklamiert. Im Anschluß an eine
Besprechung der Vorfälle in der Kammer wurde gestern be-
schlossen, den Generalaufstand in der Nacht zum Donnerstag
wieder ausbrechen zu lassen.

Keine schriftliche Antwort.

mz. Berlin, 4. Dez. Auf die letzte Note der
Entente beabsichtigt, die deutsche Regierung, wie das
„Berliner Tageblatt“ hört, nicht in Form einer Note zu
antworten. Sie wird in mündlichen Besprechungen zu
einer Einigung zu kommen suchen.

Zurück zur Affordarbeit.

mz. Hamburg, 3. Dez. Der Arbeiterrat der
Werft von Blohm und Voß trat an die Werfleitung
mit dem Ersuchen heran, das am 1. Nov. zwischen der
Norddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes Deutscher
Metallindustrieller und der Organisation der Werftarbeiter
vorgezeichnete Abkommen in Kraft zu setzen. Die Werf-
leitung stimmte dem zu. Nach dem Abkommen erhöhen
sich alle Stundenlöhne ab 1. Dez. für die bei der
Firma beschäftigten Arbeiter rückwirkend bis 23. Sept.
um 30 Pfennige, jedoch gelernte Arbeiter jetzt 2,90
Mark und ungelernte 2,40 Mk. für die Stunde er-
halten. Durch dieses Abkommen wird die Affordarbeit
auf der Werft wieder eingeführt.

Die Kriegsgefangenen.

Clemenceaus Antwort.

In der Antwort auf die deutsche Kriegsgefangenen
Note weist Clemenceau darauf hin, daß nach den
Bestimmungen des Friedensvertrages die Heimführung
der deutschen Kriegsgefangenen dem Inkrafttreten des
Friedensvertrages unterliegt. Jedoch stellte die deutsche-
seits angelegene französische Note vom 29. August eine
rasche Heimkehr aus Menschlichkeitsgründen
in Aussicht. Die Heimführung hatte mit den Gefange-
nen in England und Belgien begonnen, war aber durch
die Vertragsverletzung deutscherseits unterbrochen wor-
den. Die Note hebt hervor, daß die französische Regie-
rung mit der Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen
verfolge und daß Deutschland die Unterbrechung der seit
August eingeführten wohlwollenden Maßnahmen selbst ver-
schulde. Eine direkte Verantwortlichkeit der deutschen Re-
gierung liege insofern vor, als sie nicht auf die Note der
Alliierten vom 1. Nov. geantwortet habe und die deut-
schen Delegierten, die zur Regelung der Vertragsbedin-
gungen nach Paris gekommen waren, bereits zwei Tage
nach ihrer Ankunft wieder abgereist seien. Die deutsche
Regierung suche sich der Gefangenensfrage zu bedienen,
um die öffentliche Meinung gegen die Alliierten und
besonders gegen Frankreich aufzuheizen. Der Um-
stand, daß die deutsche Regierung, obwohl sie die Ver-
übung zahlreicher Verbrechen zugibt, über die Auslieferung
der Schuldigen zu diskutieren sucht, ist unzulässig.
So lange diese Uebel nicht beseitigt und die Schuldigen
bestraft seien, darf Deutschland nicht erwarten, in die Ge-
meinschaft der Völker wieder aufgenommen zu werden
oder von den Alliierten die Vergessenheit seiner Fehler
zu erlangen.

Die große Sorge um die Kriegsgefangenen, nament-
lich um die in Frankreich und Sibirien, führte Vertre-
ter des Volkshundes zum Schutze der deutschen Kriegs-
und Zivilgefangenen, der Reichsvereinigungen ehemaliger
Kriegsgefangenen und des Bundes deutscher Frauen zur
Freiung der Gefangenen und ihrer Landesgruppen zum
Reichstanzler. Es fand eine ausführliche Besprechung
statt, an der auch der Reichskommissar Stäcker und Ver-
treter anderer Ministerien teilnahmen.

Heimkehr.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilge-
fangene teilt mit: Etwa 1162 deutsche Kriegsgefangene,
einschließlich der Bombardanten, werden am 5. Dezember ab-
geführt und treffen am 9. Dezember in Austerlitz ein.
Für die Heimkehr der deutschen Gefangenen in
Indien wurde laut neuer Mitteilung der englischen Re-
gierung endgültige Anordnungen erlassen, daß an-
fangs Dezember der Abtransport beginnt.

Offener Brief des Prinzen Max.

In einem der „Neuen Badischen Zeitung“ zur Ver-
fügung gestellten offenen Brief wendet sich Prinz Max
von Baden wegen der Freilassung der deutschen Ge-
fangenen an den Erzbischof von Canterbury.
Prinz Max von Baden weist darin auf die verzweifelte
Lage dieser 400 000 Menschen hin, für die die Hilfe
kommen müsse, solle ihnen überhaupt geholfen werden.
Prinz Max von Baden weist keinen anderen Rat, als
sich an einen Vertreter der Christenheit in Feindesland
zu wenden, da alle anderen Mittel verfaßt haben. Ge-
gen die für die Zurückbehaltung der deutschen Kriegsge-
fangenen vorgebrachten Gründe erwidert der Briefschreiber:

1. Er hoffe, daß es Verleumdung sei, wenn behauptet
werde, dem Vergeltungsbedürfnis des französischen
Volkes sei noch nicht Genüge geschehen. Ihm seien Briefe
von Frauen aus dem französischen zerstörten Gebiet be-
kannt, die erklärten, die Leiden der deutschen Kriegsge-
fangenen nicht mehr mit ansehen zu können.

2. Zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, für
die Frankreich die deutschen Gefangenen noch benötigen
will, wollen und können deutsche Arbeiterorganisationen
den nötigen Ersatz stellen. Selbst wenn aber das Un-
denkliche geschehen und diese verfaßt würden, so wür-
den sich viele deutsche Freiwillige melden, um die Ge-
fangenen auszulösen. Die deutsche Regierung hat aber
erklärt, daß Frankreich bisher jeden Versuch einer Ver-
einbarung über den Arbeiterersatz zurückgewiesen hätte.
Die Beschuldigung, Deutschland verzögere selbst die Re-
stitution und damit die Heimkehr der Kriegsgefangenen
durch Bruch einzelner Waffenstillstandsbedingungen, sei
teils unrichtig, teils habe es sich um unerfüll-
bare Forderungen, teils würden noch Verhandlungen um
fristige Punkte geführt. Aber selbst wenn alle gegen
Deutschland erhobenen Anklagen stichhaltig wären, sei es
unmenschlich und ohne Beispiel in der modernen Ge-
schichte, daß die deutschen Kriegsgefangenen für die Sün-
den der deutschen Regierung büßen sollten. Prinz Max
von Baden wendet sich deshalb an den Erzbischof, weil
er stets gegen die Repressalien aufgetreten sei, die Un-
schuldigen trafen.

Clemenceaus Antwort.

In der Note Clemenceaus heißt es, nachdem der
französische Ministerpräsident die von der deutschen Re-
gierung angeführten Gründe für die vorzeitige Heim-
führung der Kriegsgefangenen als nicht stichhaltig be-
zeichnet hat:

Ohne auf die Einzelheiten der Ausführungen (welche
übrigens in mancherlei Beziehungen einer Berichtigung
bedürfen in bezug auf Schlesien und Oberschlesien so-
wie die baltischen Provinzen, wo Deutschland sich erst
entschieden, seine Verpflichtungen teilweise durchzuführen,
als es dazu angehalten und gezwungen wurde, in bezug
auf Artikel 61, der bis zur Stunde noch nicht unterzeichnet
ist, weil die deutsche Regierung immer bis zur letzten
Minute wartete, um ihre Verpflichtungen auf moralischen
oder materiellen Druck hin zu erfüllen, und auf die fälsche
Behauptung, daß Deutschland auf seine Propaganda ge-
gen die Alliierten verzichtet habe) einzugehen, will ich
mich nur in bezug auf die Auslieferung der Schuldigen
in eine Diskussion einlassen. Die Deutschen selbst leugnen
nicht, daß zahlreiche Verbrechen begangen worden
sind und daß die allgemeine Moral verletzt wurde. Trotz-
dem bleiben die Urheber dieser Verbrechen, die man kennt,
unbestraft. Wenn man auch ganz human sein will, so
bleibt es doch unbegreiflich, daß Deutschland zögert, in
eine Vergeltung für diese schweren Verbrechen einzustimmen,
wenn man angesichts der verwüsteten Gebiete in
Frankreich und Belgien in Betracht zieht, wie unsere
Provinzen systematisch verwüstet, unsere Industriemün-
dungen zerstört und die Wohnhäuser durch ein bar-
barisches Verfahren in Staub und Trümmer gelegt, die
Fruchtbäume einen Meter über dem Erdboden abgesägt,
Minen mit Wasser gefüllt und dadurch die menschliche
jahrhundert: alle Arbeit der Zerstörung anhebt. Ist
wenig der unparteiische Beobachter nachher aus dem
Munde der Bewohner die Berichte über die ihnen wäh-
rend vier Jahren zugefügte Behandlung, die Verge-
wältigung und die ungeheuren schändlichen Maßnahmen ge-
genüber jungen Mädchen, die in roher Weise von ihren
Familien getrennt worden sind, hören würde, so könnte
er seine Enttäuschung angesichts der Haltung Deutschlands
und des anmaßenden Tones seiner Note nicht verbergen.
Die Alliierten sind sehr überrascht, zu sehen, daß die deut-
sche öffentliche Meinung bis zur Stunde sich noch so we-
nig der Verantwortung bewußt ist, indem sie nicht selbst
die gerechte Bestrafung der begangenen Verbrechen ver-
langt und daß es unter den Schuldigen, wie es scheint,
wenig Mitleid und von vaterländischem Geist erfüllte
Akte, die sich der Verurteilung, die sie verdienen, nicht

entzogen und ihre Haftung für Verlust verteidigen, um dem Land die Erfüllung seiner Verpflichtungen zu erleichtern. Solange man in Deutschland nicht versteht, daß das Unrecht gut gemacht und die Schuldigen bestraft werden müssen, darf Deutschland nicht erwarten, daß es mit den anderen Nationen die Beziehungen aufnehmen und von den Alliierten die Vergeltung seiner Fehler und die Milderung der gerechten Friedensbedingungen erwarten kann.

Zur Friedensfrage.

Die Regierung.

Die „Deutsche Allg. Ztg.“ brachte eine Nachricht, wonach die Regierung in Sachen der Ablieferung von Baggern, Dock- und Schiffsmaterial nicht nachgeben, sondern fest bleiben werde. Wie die „Voss. Ztg.“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, kommt diese Nachricht der „Deutschen Allg. Ztg.“ nicht von amtlicher Stelle. Sie deckt sich ihrem Inhalt nach nicht mit den Ansichten der Regierung.

Eine neue Friedenskonferenz?

Nach einer Meldung der Zeitung „Amaroc“ aus Paris haben Frankreich, England und Italien beschlossen, eine neue Friedenskonferenz Mitte Januar einzuberufen. Die Vereinigten Staaten werden dabei wahrscheinlich nicht vertreten sein. Es sollen die türkischen und russischen Fragen und später verschiedene andere Dinge, die noch nicht erledigt werden konnten, verhandelt werden.

Die Völkerbundsfrage.

Am Montag ist in Brüssel die Konferenz für den Völkerbund zusammengetreten, an der die alliierten und assoziierten Staaten teilnehmen. Die Zukunft des Völkerbunds ist Gegenstand der französischen Vereinerung für den Völkerbund, deren Präsident Leon Bourgeois ist, deren Organisation sich auch die englische Gesellschaft für den Völkerbund unter dem Vorsitz von Lord Cecil angeschlossen hat. 17 Staaten entsenden 80 Delegierte. Es soll beraten werden über die Rechte und Pflichten der Nationen, die dem Völkerbund angehören, über die Errichtung eines obersten Gerichtshofes, über den Schutz der Minderheiten, die Verminderung der Rüstungen, die Organisation einer gemeinsamen Militärmacht und über eine demokratische Auswahl der Vertreter der Nationen für die Generalversammlung des Völkerbundes. Endlich glaubt man, daß die Versammlung auch einen warmen Appell an den amerikanischen Senat und an die Vereinigten Staaten zugunsten des Völkerbundes richten werde.

Brasilien und wir.

Von Karl Schiller.

Der Verfasser der folgenden fesselnden Mitteilungen ist soeben aus Brasilien, wo er die letzten vier Jahre verbracht hat, nach Deutschland zurückgekehrt.

Brasilien's Kriegführung gegen Deutschland war eine durchaus platonische. Der unausgeübte brasilianische Revolt

vor Deutschland vermochte keinen Protest auf die europäischen Schlachtfelder zu bringen. Dagegen richtete man sich an der brasilianischen Küste zur Verteidigung gegen deutsche U-Bootangriffe ein; bei der Lieferung der zänglich überflüssigen Küstenbesetzungen haben die Amerikaner ein gutes Geschäft gemacht. Es gab in Brasilien aber kaum das, was man Internierungen heißt, es gab keine Beschlagnahme der deutschen Vermögen und die Einführung der schwarzen Listen wurde umgangen. Kam eine deutsche oder deutschfreundliche Firma auf die schwarze Liste, so tat sie sich in einer Nachbarstraße unter einem brasilianischen Strohmännchen von neuem auf und die brasilianische Regierung wachte streng darüber, daß kein Haar gekrümmt wurde. Die deutschen Banken wurden unter Staatsaufsicht gestellt, aber diese Aufsicht ist durchaus wohlwollend gehandhabt worden — durchaus, um die Angelegenheiten der privaten Bürger, mit deren Regierung das Land offiziell Krieg führt, gerät zu behandeln. Wenn neulich berichtet wurde, daß 1600 deutsche Matrosen aus brasilianischen „Internierungslagern“ freigelassen wurden, so fragt es sich, ob diese Befreiung den Befreiten sehr willkommen ist. Sie waren nur in den Auswanderungslagern untergebracht, wurden sehr gut verpflegt, hatten volle Freiheit der Selbstbeschäftigung und hatten auf eigene Faust eine Spielzeugindustrie begründet, deren Produkte bei den zahlreichen Deutschbrasilianern gewaltigen Absatz fanden und den Herstellern schöne Gewinne abwarfen. Konnte einer der „Internierten“ nachweisen, daß er im Lande eine Stellung als Landwirt oder Maschinist oder Kaufmann gefunden hätte, so wurde er sofort für diese Beschäftigung freigegeben. Gewiß werden viele von ihnen jetzt gern nach der Heimat zurückkehren wollen, aber da für den Verkehr von Deutschland nach Brasilien nur drei holländische Schiffe zur Verfügung stehen, deren Plätze naturgemäß schon auf viele Monate hinaus belegt sind, wäre es wahrscheinlich vielen Matrosen lieber gewesen, wenn sie in den Auswanderungslagern noch einige Zeit hätten bleiben können, anstatt nun in Rio de Janeiro auf der Straße liegen zu müssen.

Im vorigen Jahre wurde Rodrigues Albez zum Präsidenten gewählt, der seinen Vorgänger Wenceslau Braz wegen des Eintritts in den Krieg heftig bekämpft hatte. Albez konnte indessen die Präsidentschaft nicht ausüben, da er bei ihrem Beginn bereits schwer krank war. Er ist im Januar gestorben. Im April fanden Neuwahlen statt. Der Wahlkampf ging unter der Bannflagge: Für oder gegen Deutschland. Aspirant für den Präsidentenposten war Rui Barbosa, ein wüthender Deutschhasser, der sich einst auf dem Friedenskongress in Haag das Lachen Europas durch sein Prohibitiv, das eine halbe Million Mark kostete, zugezogen hat. Barbosa hatte zum Friedenskongress nach Paris entsandt werden sollen, er verzichtete darauf, weil er fürchtete, durch seine Abwesenheit seine Präsidentschaft zu gefährden. Der Lauf der Entwicklung hat sich dann zu einer reizvollen Polemik gegen Rui Barbosa gewendet. Statt seiner wurde Epitacio Pessoa nach Paris als Delegierter Brasilien geschickt. Die Nachhaber des Pariser Kongresses haben ihn dort nicht zum besten behandelt. Auf Vorschlag des Präsidenten des brasilianischen Bundesstaates Rio

Grande do Sul wurde nun Epitacio Pessoa zum Präsidenten Brasiliens gewählt, um seine Stellung auf dem Pariser Kongress zu stärken. Epitacio Pessoa kam somit zum Präsidentenposten, obwohl er von Brasilien abwesend war, während Rui Barbosa unterlag, obwohl er gerade zu Hause geblieben war, um Präsident zu werden. Epitacio Pessoa wurde mit zwei Drittel Stimmen Mehrheit gewählt, und die Wahl wurde in ganz Brasilien als Demonstration für Deutschland feierlich gefeiert. Die Niederlage Deutschlands hat die Deutschenfreunde im Lande wieder stark niedergedrückt, aber unsere Befürwortung zum demokratischen Regime hat uns auch wieder zahlreiche Freunde geschaffen. Der Glaube an die deutsche Intelligenz und deutsche Tüchtigkeit ist nicht erschüttert worden. Die „Revolutionskrankheiten“, deren Ausläufer Deutschland jetzt noch erlebt, hat man in Brasilien vor Jahrzehnten am eigenen Leibe durchgemacht. Man weiß, daß sie im Leben einer Nation nur ein Durchgangszustand sind, und daß die Demokratie erst die Grundlage zur wirklichen Steigerung und besten Entfaltung aller Volksträfte ist.

Man hat in Brasilien heute großen Hunger nach deutschen Waren — und auch nach deutschen Menschen. Man gibt sich alle Mühe, den deutschen Auswandererstrom nach Brasilien zu lenken, und man ist eifrigst auf die Maßnahmen, die die argentinische Regierung getroffen hat, um deutsche Auswanderer nach Argentinien zu ziehen. Erschwert wird die deutsche Auswanderung nach Brasilien natürlich durch den Tiefstand der Mark. Allein die Ueberfahrt im Zwischendeck würde für eine vierköpfige Familie 10 000 Mark kosten.

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

— * Der der Nationalversammlung zugehende Gesetzentwurf der Reichs-einkommensteuer läßt die ersten tausend Mark jedes Gesamteinkommens vollkommen frei. Die Steuer für den tausend Mt. übersteigenden Teil des steuerbaren Einkommens wird gestuft. Sie betragen 10 Proz. für die ersten angefangenen oder vollen tausend Mark des steuerpflichtigen Einkommens. Von da ab 11 Prozent für die nächsten angefangenen oder vollen tausend Mark. Von da ab für die weiteren tausend Mark des steuerpflichtigen Einkommens bis 13 000 Mark erhöht sich der Tarif um je 1 Proz. Für die Beträge über 50 000 Mark beträgt der Steuersatz 66 Prozent. Das Prinzip der Steuerentlastung an der Quelle wird für Pensionen angewandt, die in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis stehen. Der Arbeitgeber hat bei der Lohnzahlung 10 Proz. des koren Arbeitslohnes zu Lasten des Arbeitnehmers einzubehalten. Für den einbehaltenen Betrag sind Steuermarken in die Steuerkarten des Arbeitnehmers einzulegen und zu entwerten. Der Arbeitnehmer kann die eingelebten und entwerten Stempelmarken als bares Geld bei seiner Steuerzahlung einzahlen. Das Gesetz soll am 1. April n. S. in Kraft treten.

— * Der Nationalversammlung ging der Entwurf einer Kapitalertragsteuer zu. Nach dem Entwurf wird von den Erträgen aus dem Kapitalver-

Die Führer des Deutschen Reiches zur Deutschen Spar-Prämienanleihe!

Ebert, Reichspräsident

Über den Parteiprogrammen steht für jeden Deutschen die Pflicht, mitzuarbeiten am Wiederaufbau des Reiches. Zuerst müssen unsere Finanzen gekräftigt werden, denn nur durch sie kann das Reich wieder aufblühen. Ein Mittel zur Kräftigung der Finanzen ist die Spar-Prämienanleihe. Wer sie zeichnet, tut seine Pflicht und arbeitet mit am Wiederaufbau.

Ebert

Bauer, Reichsfürs

Der Zins, vom Reiche aufgespart, wird Dir und Deinen Kindern nützen!

Bauer

Schiffer, Vizekanzler u. Reichsminister der Justiz

Geordnete Finanzen sind eine unentbehrliche Grundlage für Recht und Gesetz. Wer das Reich finanziell stärkt, indem er ihm Geld leiht, stärkt Recht und Gesetz.

Schiffer

Erzberger, Reichsminister der Finanzen

Die erste Friedensanleihe ist ein kühneres Wagnis als alle Kriegsanleihen. Trotzdem wird das Deutsche Volk die Friedensanleihe zeichnen.

Erzberger

Dr. Bell, Reichsverkehrsminister

Geldstücke sind die besten Eisenbahnräder!

Dr. Bell

Dr. David, Reichsminister o. P.

Wer ausländische Luxuswaren kauft, drückt unsere Valuta noch tiefer hinab und verteuert die Einfuhr notwendiger Rohstoffe und Nahrungsmittel noch mehr. Wer dagegen entbehrliches Geld in Spar-Prämienanleihe anlegt, hebt unsere Valuta und fördert den Wertschöpfungsprozeß der deutschen Volkswirtschaft. Wer sein Land liebt, handle danach!

David

Dr. Gieseler, Reichsminister für Wiederaufbau

Tragt goldene Balken herbei zum Wiederaufbau! Gebt dem Reiche Geld!

Dr. Gieseler

Giesberts, Reichspostminister

Wer spart in der Zeit, der hat in der Not!

Giesberts

Roth, Reichsminister des Innern

Wirtschaft ohne Geld ist Pflug ohne Pferd.

Roth

Dr. Mayer, Reichsschatzminister

Was das Blut für den Körper, ist das Geld für den Staat.

Dr. Mayer

Müller, Reichsminister des Auswärtigen

Wer die Friedensanleihe zeichnet, hilft einen wirklichen, dauernden Frieden sichern.

Müller

Kroß, Reichswehrminister

Wer dem Reiche kein Geld gönnt, schlägt dem Soldaten die Waffe aus der Hand!

Kroß

Schlichte, Reichsarbeitsminister

Geld schafft Arbeit, Arbeit schafft Brot.

Schlichte

...eine kleine Nachricht...
...aus inländischen und ausländischen Kapitalan-
...die Steuer eine Ertragssteuer ist, kommt der
...von Schuldenzinsen oder Werbungskosten nicht in
...Nur von den Erträgen aus ausländischen Ka-
...Anlagen kann die auf Erträgen ruhende Auslands-
...abgezogen werden. Vereinbarungen, wonach der
...Steuern die Steuern zu Lasten des Gläubigers über-
...sind nichtig. Die Steuer beträgt 10 v. H. Bei
...Rentnern wird unter gewissen Bedingungen die
...Kapitalertragssteuer zu drei Vierteln auf die Einkom-
...steuer angerechnet. Das Gesetz soll am 1. März u.
...in Kraft treten.



Gullmann

Damen-Konfektion
Kleider-Stoffe
laufend Neu-Eingänge.
Wiesbaden, Schalles Eck.

Allerlei Nachrichten.

Madensen.
Generalfeldmarschall v. Madensen, der nach
...Kriegsgefangenschaft endlich wieder in der deut-
...Heimat eingetroffen ist, vollendet am 6. Dezember
...70. Lebensjahr. In Haus Leipzig (Prov. Sach-
...).



geboren, trat Madensen 1869 in die Armee ein und
...bei den 2. Leibhusaren am Kriege 1870-71 teil.
...zum kommandierenden General des 17. Arme-
...ernannt, nahm er als Armeeführer im Osten und
...höchsten während des Weltkrieges eine führende Rolle
...in.

Clemenceau Präsident?

Wie der „Matin“ berichtet, fassen einige Persönlich-
...aus der Umgebung Clemenceaus die Wahl des
...ersten zum Präsidenten der Republik ins Auge. Bis
...hat Clemenceau zu diesem Anerbieten noch keine
...Abkündigung genommen, aber die Vorläufer dieser Idee
...haben, daß er sich ihr geneigt zeigen wird. Er würde
...als Kandidat auftreten, sondern würde einfach die
...Wahl als Ehrendignität betrachten. In den kommenden Wo-
...hen, versichert der „Matin“, werden große Anstrengun-
...gemacht werden, um den Einzug Clemenceaus ins
...Haus zu erreichen oder wenigstens sein Verbleiben als
...Ministerpräsident durchzusetzen.

Der Wiederaufbau.

Zur Wiederaufbaufrage und den Möglichkeiten deut-
...der Vete. l. gung schreibt die „Deutsche Allgem. Ztg.“:
...aus den Ausführungen des Ministers Gehler in Darm-
...geht hervor, daß die französische Regierung offen-
...nicht die Absicht hat, von uns in nennenswertem Um-
...ange Arbeiter für Nordfrankreich zu fordern, obwohl
...hierzu bereit waren und sind. Auf französischer Seite
...sehen Bedenken nicht etwa gegen das Können unserer
...Arbeiter, wohl aber gegen ihre Genügsamkeit und gegen
...bei ihnen befürchteten Bolschewismus. Da es sich
...a der Hauptsache um reine Erdarbeiten handelt, für die
...schon früher in Deutschland vielfach ausländische Arbei-
...herangezogen wurden, so wird der Hinweis auf ita-
...ienische und polnische Arbeiter nicht überraschend kom-
...men. Uns bleibt dennoch ein großes Tätigkeitsgebiet
...brig, nämlich die Herstellung und Errichtung von Bau-
...anstellungen, Fabrikanlagen, innere Ausrüstung von
...Fabriken mit Kraft- und Werkzeugmaschinen. Diese Ar-
...beiten werden allerdings hauptsächlich in Deutschland zu
...richten sein, so daß in Nordfrankreich nur Montagege-
...schäften zu stellen wären. Aber es ist nicht gesagt, daß
...Frankreich nicht eines Tages doch noch ein Arbeiterherd
...für uns werden könnte. Wahrscheinlich ist es indessen
...nicht.

Kleine Meldungen.

Berlin. Die Regierung hat die Nachricht erhal-
...ten, daß die französischen Besatzungstruppen in den bei-
...den Hauptorten der Provinz Aleppo eingetroffen sind.
...Die französischen Behörden haben die Verwaltung der
...Eisenbahn übernommen.

Die Ausgabe von Petroleumkarten findet am
Freitag, den 5. d. Mts.

- und zwar:
- | | |
|-----------------|--------------------------------------|
| 4. Bezirk von 2 | 2 ⁴⁵ Uhr nachm. |
| 3. „ „ | 2 ⁴⁵ —3 ³⁰ „ „ |
| 2. „ „ | 3 ³⁰ —4 ¹⁵ „ „ |
| 1. „ „ | 4 ¹⁵ —5 „ „ |

Mit Rücksicht auf die beschränkte Zuweisung von
Petroleum können nur die Haushaltungen beliefert
werden, die über künstliches Licht überhaupt nicht verfügen.
Für Ställe, Keller pp. wird Petroleum nicht ver-
gabt.

Totales und Provinzielles.

Schierstein, den 4. Dezember 1919.

* Eine Verordnung gegen Wucher und
Preistreiber ist zurzeit bei den Reglerungsstellen
in Arbeit. Ob sie etwas hilft, ist zum mindesten sehr
zweifelhaft, soviel kann man schon heute sagen. Die
Verordnung sieht u. a. Gefängnisstrafe von 3 Monaten
vor. Für jemand, der seine Million hinter sich gebracht
hat, ist das eine kleine Nervenausspannung, die er in
Seelenruhe herunterreißt, namentlich wenn er sich von
seinem erwachsenen Gelde vorher noch einmal richtig
vollst, an alledem, was Kranke und Schwächliche sich
nicht leisten können, weil es zu teuer ist. 3 Monate
Gefängnis! — 5 Jahre Zuchthaus gehören auf den
Wucher, Konfiskation des gesamten Vermögens, öffent-
liche Bloßstellung durch Zeitungen und Maueranschläge
und vor allen Dingen Einweisung in Zwangsarbeits-
kolonne zum Schneeschleppen und dergl., täglich 8
Stunden lang, damit sie einmal selbst lernen, wie die
Arbeit schmeckt, die nur allein uns retten kann, und
damit sie den von ihnen bekämpften Wohlstand aus
der Praxis kennen lernen. Wenn die Regierung ein
einziges Mal dem ganzen Wucher, Schieber- und
Gaunergesindel, einerlei welcher Parteirichtung, an die
Gurgel ginge bis zum Pfaffen, dann würde das ganze
anständige deutsche Volk sich geschlossen hinter sie scharen.

* Kreistagswahl. Für die am 14. Dezember
stattfindende Kreistagswahl kandidieren die Herren Wilhelm
Lang und Richard Eitner von hier.

* Versorgung mit Weißblech. Wie schon
wiederholt bekannt gegeben, können die in Betracht
kommenden Handwerksbetriebe Weißblech nur gegen Be-
zugschein erhalten. Die Ausstellung dieser Bezugsscheine
erfolgt durch die Handwerkskammer und zwar nur an die-
jenigen Handwerksbetriebe, die ihren Betrieb bei der Me-
tallberatungs- und Verteilungsstelle für Handwerksbetriebe
zu Hannover angemeldet haben. Der Kammer steht nun-
mehr eine bestimmte Menge Weißblech zur Verteilung gegen
Bezugschein zur Verfügung. Es empfiehlt sich deshalb,
den Bedarf recht bald bei der Geschäftsstelle der Kammer,
Nikolastr. 41, anzumelden, worauf Einweisung des Be-
zugscheines erfolgt. Betriebe, die bei der Metallberatungs-
und Verteilungsstelle in Hannover noch nicht angemeldet
sind, können diese Anmeldung nachholen. Am besten ge-
hiebt dies durch Vermittlung der Kammer.

Handwerkskammer Wiesbaden.

* Reichsbund der Kriegsbeschädigten.
Kriegsteilnehmer und Kriegshinterblie-
benen. Noch gehen die Wellen der Erregung, in der
sich die Menschen in einer Zeit befinden, die an Furcht-
barkeit, an Unklarheit des Willens, aus einem kultur-
zerstörenden Kriege entsprungen, in der Geschichte nicht
ihresgleichen hat. In diesem Wirrwirr politischer Parteien,
der Spaltung unzählbarer Koalitionen, der Neubildung
von Vereinen, Verbänden, Parteien steht fest und uner-
schütterlich seit Anfang des Jahres 1917 der „Reichsbund“,
der es sich zur edlen und kulturentwickelnden Aufgabe
gemacht hat, den Kriegsbeschädigten durch Ausbau der
Fürsorge wieder Freude am Leben zu geben, den Kriegs-
teilnehmern eine wirksame Unterstützung für alle die per-
sönlichen und wirtschaftlichen Schäden zu bieten, die sie im
Kriege erlitten haben ohne gerade kriegsbeschädigt worden
zu sein, den Hinterbliebenen zu ihren Menschenrechten zu
verhelfen und nicht zuletzt den Kameraden aus der Ge-
fangenschaft ihren Rechten Geltung zu verschaffen. An
diesen großen, weitverzweigten Aufgaben hat der „Reichs-
bund“ bis jetzt erfolgreich gearbeitet. Die Gewährung der
verschiedenen Zusatzrenten und sonstiger Beihilfen, Um-
wandlung der privaten Fürsorge für die Kriegsbeschädigten
und Hinterbliebenen in eine amtliche, in der sie selbst mit-
raten und taten, die Schaffung der Militärversorgung-
gerichte unter den gleichen Gesichtspunkten, die Aufstellung
des Siedlungsproblems, die Bereitstellung von weiteren
staatlichen Geldmitteln für die Kriegsbeschädigten- und
Hinterbliebenenfürsorge (wir erinnern an die durch den
„Reichsbund“ herbeigeführte Bereitstellung von weiteren
100 Millionen Mark für die Hinterbliebenen), sowie für
die Kriegsgefangenenfürsorge (Schaffung der Kriegs-
gefangenen-Heimkehrer) u. a. m.: es sind die Früchte un-
ermüdlicher Arbeit ohne viel Klammereiner Anzahl ernster,
pflichttreuer Männer, die selbst in dem großen Kriege zu
Kriegsbeschädigten geworden sind. Alle Erfolge wären aber
nicht möglich gewesen, wenn das große Prinzip der streng-
sten parteipolitischen und religiösen Neutralität nicht
Grundzug des Handels dieser Organisation wäre, ohne
diese Neutralität wäre es nicht möglich, eine Verbreitung
über ganz Deutschland mit einer Mitgliederzahl von etwa
1/2 Million in fast 400 Ortsgruppen aufzuweisen. Nicht
zum wenigsten dieser strengen Neutralität verdankt der
„Reichsbund“ seine heute überragende Stellung. Es ist
daher völlig zwecklos, wenn einseitig von parteipolitischen
Interessen geleitete Vereine wie der „Internationale Bund“
oder der unter dem irreführenden Namen „Einheitsverband“
auftretende Leipziger Verband sich nun mit fremden Federn
zu schmücken wagen. Interessenten sowie Rat- und Hilfe-
suchende wollen sich an die hiesige Ortsgruppe, Vorsitzender
Herr Wilh. Behner, Friedrichstr. 10, wenden.

mz. Der der Nationalversammlung zugehende Ge-
sehtentwurf der Reichseinkommensteuer läßt die ersten
laufend Mark jedes Gesamteinkommens vollkommen
frei. Die Steuerhöhe für den laufend Mark über-
steigenden Teil des steuerbaren Einkommens sind gestaffelt.
Sie betragen 10 Proz. für die ersten angefangenen oder
vollen Tausend Mark des steuerpflichtigen Einkommens.
Von da ab 11 Proz. für die nächsten angefangenen oder
vollen Tausend Mark. Von da ab für die weiteren
Tausend Mark des steuerpflichtigen Einkommens bis zu

15000 Mark erhöht sich der Tarif um je ein Prozent.
Für die Beträge über 50000 Mark beträgt der Steuer-
satz 66 Prozent. Das Prinzip der Steuererfassung an
der Quelle wird für Personen angewandt, die in einem
Arbeits- oder Dienstverhältnis stehen. Der Arbeitsgeber
hat bei der Lohnzahlung 10 Proz. des baren Arbeits-
lohnes zu zahlen des Arbeitnehmers einzubehalten.
Für den einbehaltenen Betrag sind Steuermarken in
die Steuerkarten des Arbeitnehmers einzukleben und
zu entwerfen. Der Arbeitnehmer kann die eingeklagen
und entwerteten Stempelmarken als bares Geld bei
seiner Steuerschuld einzahlen. Das Gesetz soll am
1. April 1920 in Kraft treten.

* In Ellville wird eine neue Seifabrik ge-
gründet. Es haben die Herren Waldeck-Niederwalluf
und Wermann, bisher Direktor bei der Firma Waltheus
Müller, die Gründung vollzogen. Das frühere Elquol'sche
Haus und das Waldeck'sche Haus an der Schwalbacher-
straße sollen als Geschäftsräume dienen.

* Vogel b. St. Goarshausen 29. Nov.
Von Wilderern erschossen. Gestern abend
wurde der Förster Groewen von Wilderern er-
schossen. Man ist den Tätern auf der Spur.

Zu dem Förstermord Vogel wird uns noch
gemeldet: Zur Verfolgung des Täters wurde der Polizei-
hund aus Bacharach herbeigeholt, der den Besitzer eines
nahen Hofgutes im Belt stellte und bei dem festgestellt
wurde, daß er mit Schrotkörnern angeschossen war. Der
Förster, anfangs der 40er Jahre, ist verheiratet und
hinterläßt eine Frau mit 4 Kindern. Nähere Einzel-
heiten wird noch die Untersuchung ergeben.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.
Für die am 14. Dezember 1919, vormittags 11
Uhr stattfindende Kreistagswahl ist nachstehender Wahl-
vorschlag eingereicht worden:

Lang Wilhelm, Landwirt,
Eitner Richard, Geschäftsführer.

Schierstein, den 1. Dezember 1919.

Der Wahlvorstand:
Schmidt.

Betr. Ausgabe von Krankenbutter.

Die Ausgabe von Krankenbutter erfolgt Freitag, den
5. ds. Mts., gegen Vorzeigung ärztlicher und kreisärzt-
licher Atteste, von 8—9 Uhr auf Zimmer 4 im Rathaus.
Schierstein, den 4. Dezember 1919.

Der Bürgermeister: Schmidt.

Raninchen- und Geflügelzucht-Verein

Schierstein G. B.

Freitag, den 5. Dezember, abends 7 Uhr, bei
Mitglied Wolf

Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vorlesen des Protokolls und der eingegangenen
Schriftstücke.
2. Aufnahmen.
3. Verteilen der Futterpläne für 1920.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Sonntag, den 7. Dezember, von 10 bis 12 Uhr

Ausgabe von Futternäpfen, Lehrstr. 8.

D. D.

Ortsbauernschaft Schierstein

Die Mitglieder werden gebeten, sich an der

Mitgliederversammlung

der Ortsbauernschaft in Erbenheim recht zahlreich zu
beteiligen. Abfahrt: Sonntag nachm. 12.45 Uhr ab
Kriegerdenkmal.

Der Vorstand.

Zahnpraxis
Rudolf Hohn, Dentist,
Schierstein, Wilhelmstr. 17.

In fast allen Fällen gänzlich schmerzloses
Zahnziehen.

Zahnersatz in Gold und Kautschuck.

Sprechstunden Montags, Mittwochs und
Freitags von 9—12 Uhr.

Achtung!
Reiserbesen eingetroffen, St. 120, 5 St. 5 Mt. Zerner
empfehle Schrubber, Abseif, Wasch, Wurzeln, Kleider,
Haar- und Zahnbürsten aller Art zum billigsten Tagespreis.
Warengeschäft B. Knab,
Ede Wilhelm- und Mittelstr. Telefon 1569.

Bewor Sie Ihren

Weihnachts-Bedarf

decken, besorgen Sie unser Haus.

Große Auswahl in allen Geschenk- u. Bedarfs-Artikeln.

— Diese Woche —

Extra-Angebot in Damen-Konfektion.

Jaden-Kleider			Winter-Mäntel		
Serie I	Serie II	Serie III	Serie I	Serie II	Serie III
145 Mt.	195 Mt.	245 Mt.	75 Mt.	125 Mt.	175 Mt.

Warenhaus Julius Bormatz G. m. b. H.
Wiesbaden.

Des Mannes Zierde und schönstes Weihnachts-Geschenk

ist solide, moderne Kleidung. Ich empfehle:

Herren-Joppen-Anzüge	à Mk.	90.—
Herren-Anzüge	größte Auswahl, moderne Fassons und Farben	180.— an
Jünglings-Anzüge	beste und modernste Arbeiten von Mk.	100.— an
Ulster und Paletots	für Herren, Jünglinge und Knaben	in grösster Auswahl
Hosen	von den billigsten bis besten Qualitäten	
Frack- und Gehrock-Anzüge	(werden auch verliehen)	

Altbekannte billige und reelle Bedienung.
Prinzip: Kleine Spesen — geringer Nutzen.

Erstes Mainzer Monats-Garderoben-Haus

Schusterstrasse 34 I. Mainz Schusterstrasse 34 I.
Kein Laden! Achten Sie auf die Hausnummer. Kein Laden!

Trauerhüte Trauerschleier Trauerflore

größte Auswahl billigste Preise

Modehaus Ullmann

Wiesbaden, Kirchgasse 21, Tel. 2972.

Schreibmaschinenlager.

K. Günzburg, Mainz, Hindenburgstraße 19. Tel. 915
Ankauf neuer und gebrauchter Schreibmaschinen.

Das schönste Weihnachtsgeschenk

für jede praktische Hausfrau

ist

Regmann's Reformküchentisch.

Alleinverfeiler:

Schellenberg's Küchenmöbelhaus

Wiesbaden, Friedrichstr. 48.
Ständige Ausstellung
kompletter
Kücheneinrichtungen.

"Sterne lügen nicht"

Auf Grund astrolog. Berechnung erhalten Sie gegen Angabe Ihres Geburtsdatums und einer Schriftprobe Auskunft über

Zukunft u. Schicksal, Glück und Unglück etc.

Senden Sie 50 J. in Marken und Sie erhalten eine wichtige Mit-
teilung.

Dank und Anerkennung
aus allen Kreisen.

Astrolog. Privat-Institut Bayreuth 211.

Wein-Etiketts

in feinsten Ausführung nach
vorliegendem Musterbuch
liefer!

Druckerei B. Brobst

Schulranzen

Größte Auswahl. Billigste Preise
offert als Spezialität

A. Letschert Wiesbaden, Faulbrunnstrasse 10

Reparaturen.

Tausch!

Schöne 3-Zimmerwohnung
in Mainz-Kastel mit einer
gleich großen Wohnung oder
kleinem Häuschen zu tauschen
gesucht. Zu erfragen in der
Geschäftsstelle.

Uhren-Reparaturen

werden fachmännisch, prompt und
billig ausgeführt.

Max Arabuoborsti,
Uhrmacher,
Wiesbaden, Bleichstr. 28

Billige Wohnungseinrichtungen

Betten, Waschtisch, Nach-
tische, Kleiderschränke, Stuhl-
stühle, Fußstühle, Matratzen,
einzelne Kopfsteile, Bett-
wagen, einzelne Räder ein-
getroffen. G. Lichtenstein,
Mainz, Leichhofstr. 10, 1. St.



Eine Probe

ist mehr wert als ein Vortrag.
Sie zeigt die Hauptsache, die

Qualität.

Jede Probe ist ein Sieg für

Erdal

schwarz, gelb, braun, rotbraun
Alleinhersteller: Werner & Merz, Mainz

Biebricher Bank

G. G. m. b. H.

Depositenkasse Schierstein, Wilhelmstr. 39.
(Kassenstunden vorm 8½—12 Uhr.)

Annahme offener Depots

gemäß Verordnung vom 24. 10. 19
über die Maßnahmen gegen die
Kapitalflucht.

Nähere Auskunft erteilen wir bereitwilligst.

Bekanntmachung. Grundstücksversteigerung.

Am Montag, den 8. Dez. d. J., vormittags 11 Uhr

läßt der Justizrat Dr. H. Romeis in Wiesbaden als Testamentvollstrecker
verstorbenen Witwe des Drochsenbesizers Eduard Fuchs, Karoline geb. Schmitt
Wiesbaden, im Rathause zu Schierstein durch den unterzeichneten Obergerichts-
die nachstehenden, im Grundbuch von Schierstein, Band 7, Blatt 192, eingetragenen
Grundstücke öffentlich freiwillig versteigern:

1. Flur 16	Parzelle 17	Acker Gräfel	1. Gewinn groß 26 ar 52
2. „ 13	„ 85	„ Neuenweg	3. „ „ 1 „ 34
3. „ 14	„ 99	„ Sinewies	2. „ „ 6 „ 84
4. „ 6	„ 278	„ Fuchsengraben	„ „ 7 „ 88
5. „ 8	„ 62	„ Schild	2. „ „ 14 „ 95
8. „ 9	„ 102	„ Gräbernwießen	5. „ „ 11 „ 69
13. „ 4	„ 355	„ Neuenberg	2. „ „ 13 „ 40
15. „ 22	„ 32	„ Horst	1. „ „ 19 „ 64
16. „ 6	„ 277	„ Fuchsengraben	„ „ 7 „ 51
17. „ 22	„ 80	„ Walluferreg	„ „ 22 „ 59
18. „ 5	„ 223	„ Wiese Klebwies	„ „ 4 „ 35
19. „ 5	„ 286	„ Weinberg Grauenstein	2. „ „ 4 „ 22
20. „ 10	„ 68	„ Acker Wassergall	1. „ „ 6 „ 29
21. „ 10	„ 88	„ „	2. „ „ 6 „ 68
22. „ 4	„ 204	„ Dachsberg	3. „ „ 6 „ 33

Die Nachweisungen über die Grundstücke und die Versteigerungsbedingungen
bei dem Unterzeichneten eingesehen werden.

Schierstein, den 27. November 1919.

Das Ortsgericht:
Schmidt,
Ortsgerichtsvorsteher.

Hühner-Eiweiß!

erfetzt vollständig frische Eier, zum Backen, läßt sich auch
Schnee schlagen, empfiehlt

Drogerie Nicolaus Schollmayer

Mainz, Augustinerstraße 39.

Kanin-, Ziegen-, Marder-, Iltis-

sowie alle anderen Felle und Häute kauft zu
höchsten Tagespreisen

Tier-Ausstopferei Ed. W. Bechtold

Zanggasse 36 MAINZ Zanggasse 36

Prima Pariser Bazar

neu eröffnet, empfiehlt seine preiswerten
Geschenkartikel für Weihnachten
Weihnachtskerzen neu eingetroffen.

Mainz, Pfandhausstraße 4.